

50 Kommunen erhalten Beratung

[30.03.2023] In Rheinland-Pfalz sind 52 Kommunen dem Kommunalen Klimapakt (KKP) bereits beigetreten. Die ersten 50 erhalten noch in diesem Jahr eine an die kommunalen Bedarfe angepasste Beratung.

In Rheinland-Pfalz erhalten die ersten 50 der 52 Kommunen, die dem Kommunalen Klimapakt (KKP) beigetreten sind ([wir berichteten](#)), noch in diesem Jahr eine Premiumberatung. Das teilt das rheinland-pfälzische Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität (MKUEM) jetzt mit.

Klimaschutzministerin Katrin Eder (Bündnis 90/Die Grünen) erläutert: „Die ersten 50 Kommunen unterstützen wir noch in diesem Jahr mit einer an die kommunalen Bedarfe angepassten Beratung. Wir wissen bereits, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien, nachhaltige Wärmeversorgung, klimagerechte Bauleitplanung sowie Starkregen- und Hochwasservorsorge zu den Themen gehören, in denen die Kommunen Maßnahmen umsetzen wollen.“

Angaben des MKUEM zufolge sind die individuellen Beratungskapazitäten der begleitenden Institutionen – der Energieagentur Rheinland-Pfalz und des Rheinland-Pfalz Kompetenzzentrums für Klimawandelfolgen – aufgrund der angestrebten bundesweit einmaligen Beratungstiefe begrenzt. Für den Zugang zu diesem Beratungsformat würden die Beitritte der Kommunen nach dem Windhundprinzip gelistet. Nur so könnten alle gleichbehandelt werden.

„Klimapakt-Kommunen, die nicht zu den ersten 50 zählen, profitieren jetzt schon von ihrem Beitritt. So zum Beispiel vom Netzwerk der Klimapakt-Kommunen, Veranstaltungen und dem Mitgliederforum. Darüber hinaus werden sie für das kommende Jahr vorgemerkt. Damit können wir bereits in den ersten zwei Jahren etwa die Hälfte der beitragsberechtigten Kommunen in Rheinland-Pfalz in Sachen Klimaschutz und Klimawandelfolgenanpassung eng begleiten. Deswegen lohnt sich der Beitritt weiterhin, um heute die Gegenwart von morgen anzugehen“, sagte Ministerin Eder.

(th)

Stichwörter: Politik, Energieagentur Rheinland-Pfalz, KKP, Rheinland-Pfalz, Rheinland-Pfalz Kompetenzzentrum für Klimawandelfolgen